

Lebens, sondern primär um die *rechts-ethische* Frage, wieweit und wie *Strafrecht* dabei angewandt werden soll, kann oder muß. In der Frage der moralischen Beurteilung kann es unter Christen bei allen auch dort möglichen Nuancen letztlich keinen Dissens geben. Für den rechtsethischen Aspekt, der in der politischen Entscheidung über eine Strafrechtsmaßnahme der ausschlaggebende ist und zu dem auch die Frage der Schlüssigkeit der Maßnahmen und ihrer Wirkung im Blick auf das gesetzte Ziel gehören, gilt aber, was „Gaudium et spes“ (Nr. 43) über politische Entscheidungen insgesamt sagt, daß Katholiken „bei gleicher Gewissenhaftigkeit in der gleichen Frage zu einem anderen Urteil kommen (können)“.

Es ist gewiß nicht überflüssig, über den Sinn christlich firmierender Parteien in einer radikal säkularen Gesellschaft zu streiten. Es wird ganz im Gegenteil zum gemeinsamen Vorteil beider sein, wenn *Konflikte*, die zwischen Unionsparteien und katholischer Kirche von der Asylantenfrage bis zur Familienpolitik und auch bezüglich des „C“ insgesamt seit längerem schweben, nicht verdrängt, sondern *offen ausgetragen werden*. Dann wird sich auch klären, welche Erwartungen von der einen in die andere und von der anderen in die eine Richtung zu Recht bestehen und wo man es mit gegenseitiger Vereinnahmung lieber läßt. Der § 218 mag zwar dafür das falsche Thema sein, vielleicht bietet er aber *jetzt* den richtigen Anstoß dazu. *se*

Unteilbar

Die Diskussion um ein kirchliches Hilfswerk für Osteuropa

Daß die Forderung nach einer Kollekte und nach der Gründung einer „Initiative“, respektive eines Hilfswerkes, für Mittel-, Südost- und Osteuropa in der letztendlich einstimmig verabschiedeten Europaerklärung des ZdK zu einer längeren und zum Teil

heftigen Diskussion in der Frühjahrsvollversammlung am 17. Juni führte (vgl. ds. Heft, S. 387), lag nicht daran, daß der Handlungsbedarf als solcher zur Disposition gestanden hätte. Die Hilfe für die Länder und Kirchen des früheren Ostblocks bei deren immensen Anstrengungen des Aufbaus war in ihrer Dringlichkeit, sowohl was den erforderlichen Umfang als auch das notwendig zu forcierende Tempo betrifft, unbestritten.

Die Bedenken, die die Vertreter der Hilfswerke Missio und Misereor wie auch des Deutschen Caritasverbandes zunächst gegen die Gründung eines weiteren kirchlichen Hilfswerkes opponieren ließen (der ursprüngliche zur Beratung stehende Antrag sprach direkt von einem „Werk“ und wurde erst nach der Diskussion durch den schwammigen Begriff der „Initiative“ ersetzt), waren von Befürchtungen getragen, wie sie auch auf politischer oder wirtschaftlicher Ebene die gegenwärtige Diskussion etwa um Entwicklungshilfe oder Kreditvergaben bestimmen: Werden verstärkte Hilfsanstrengungen im Osten zu Lasten der Entwicklungsländer in der Dritten Welt gehen?

Der Hinweis von Misereor-Hauptgeschäftsführer *Norbert Herkenrath*, man müsse vor der Gründung eines eigenen Werkes bedenken, daß es in den Ländern Osteuropas um die unbestritten notwendige Verbesserung der Lebensumstände gehe, im Süden jedoch das schiere Überleben zur Disposition stehe, und daß ein „Europe first“ letztendlich der grassierenden Ideologie der „Festung Europa“ entstamme, diene nicht dazu, Solidarität allein mit dem Süden einzuklagen. Daß Solidarität unteilbar sei und nicht (erneut) ideologisch besetzt werden dürfe, daß prinzipiell keine Hierarchie der Nöte existiere, das war Konsens. Die Bereitschaft der Deutschen, die Menschen und Kirchen in Osteuropa zu unterstützen, sei durchaus gegeben – sie müsse nur stärker eingefordert, auch tatsächlich abgerufen und wirksamer umgesetzt werden, damit unterstreicht das ZdK seine Forderung nach einer Kollekte und der Einsetzung einer Initiative. Von allen Seiten wird der deutschen Bevölkerung derzeit

eine ungebrochene Spendenfreudigkeit attestiert. Und wenn die deutschen Kirchen auch bei vielen ihnen distanziert Gegenüberstehenden einen Glaubwürdigkeitskredit besitzen, liegt dieser im Engagement der Christen in den Entwicklungsländern begründet. Nicht zuletzt dürfte nüchtern betrachtet der Wohlstand nicht weniger Landsleute noch vor dem Erreichen der Schmerzgrenze mehrfach teilbar sein. Dies alles gibt zu der Hoffnung Anlaß, daß ein Hilfswerk für Osteuropa nicht zu Lasten der etablierten gehen und in wenigen Jahren, sowohl was seine Arbeit als auch seine Unterstützung betrifft, zur Selbstverständlichkeit wird.

Dennoch sind die Bedenken derer verständlich, die mit den besorgten Stimmen ihrer südlichen Partner konfrontiert sind, die – bereits bei der deutschen Wiedervereinigung, erst recht aber angesichts der Herausforderung durch Osteuropa – die Deutschen mahnen, die Verantwortung für den Süden nicht zu vergessen. Der bisher ungetrübten Spendenfreudigkeit steht das sich mehr und mehr verbreitende Grundgefühl vom Deutschen als dem letztlich ungeliebten, aber gleichzeitig überforderten Zahlmeister der ganzen Welt entgegen.

Weitere Vorbehalte gegen die ZdK-Initiative hängen mit den Schwierigkeiten zusammen, die die Um- bzw. Neustrukturierung der Osthilfe diejenigen Institutionen und Organisationen stellt, die diese bisher übernommen haben. In der Diskussion wurde z. B. geargwöhnt, die Forderung nach besser koordinierter und damit effizienterer Hilfe verkenne das bisher Geleistete. Unter den heutigen Bedingungen ist Öffentlichkeitsarbeit wichtig – eine *conditio sine qua non* für Spenden und Kollekte –, während die bisherige Arbeit, beispielsweise die des von der Deutschen und der Österreichischen Bischofskonferenz getragenen Europäischen Hilfsfonds, meist klandestin geschehen mußte. Wenn der staatliche Repressionsapparat Lücken ließ, mußte schnell und informell reagiert werden.

Dabei hatte jede der Organisationen, sei es das Maximilian-Kolbe-Werk

oder Kirche in Not/Ostpriesterhilfe, ihren je spezifischen Adressatenkreis. Diese Form der Hilfe erschwerte jede Kooperation und Koordinierung. Daß es in dem einen oder anderen Fall auch zur Doppelfinanzierung kam, konnte unter diesen Bedingungen nicht ausgeschlossen werden. Auch die – für die bestehenden Werke charakteristische – begleitende Bewußtseinsbildung bei den Spendern konnte im Blick auf den Osten bisher nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Trotz dieser Vorbehalte hat die Auseinandersetzung um die ZdK-Forderung gezeigt, daß man sich in den Grundanliegen einig ist: notwendig sind verstärkte Bewußtseinsbildung, die Bündelung der Kräfte und bessere Kooperation, vor allem aber auch eine entschiedene Einbindung der osteuropäischen Kirchen selbst in die Neustrukturierung der Hilfe.

Die vom ZdK geforderte Kollekte wurde vom Ständigen Rat der Bischofskonferenz für das Spätjahr bereits beschlossen. Ob die Gründung eines eigenen Werkes oder aber eine Form der institutionalisierten Kooperation – etwa nach den bewährten Modellen der Kooperation der einzelnen Hilfswerke in den Entwicklungsländern – effizienter arbeiten kann, untersucht derzeit eine Arbeitsgruppe, die von der Gemeinsamen Konferenz von Deutscher Bischofskonferenz und ZdK eingesetzt wurde. Bei all diesen Überlegungen darf jedoch der Grundsatz der Unteilbarkeit der Solidarität nicht zum puren Lippenbekenntnis werden.

fo

Unsicher

Die evangelische Kirche in den neuen Ländern tut sich schwer

Mit großen Zahlen kann die evangelische Kirche in den neuen Bundesländern derzeit nicht aufwarten: Während sich im Juni 1988 zur Abschlußveranstaltung des regionalen Evangelischen Kirchentags in Erfurt

40 000 Menschen auf dem Domplatz versammelt hatten, kamen zum Abschluß des ersten Erfurter Kirchentags seit der Wende am ersten Juliwochenende jetzt nur etwa 5000. Die regionalen Kirchentage von 1988 (vgl. HK, Juli 1988, 348) standen weithin im Zeichen der *zunehmenden Unzufriedenheit in der DDR*, die sich vor allem in einer steigenden Zahl von Ausreiseträgern manifestierte. Damals waren die Synodaltagungen wie die Großtreffen der evangelischen Kirche praktisch die einzigen Gelegenheiten, bei denen sich der verbreitete Unmut über das erstarrte DDR-System Luft machen konnte und längst überfällige Reformen angemahnt werden konnten.

Ein Jahr später war es mit der DDR vorbei. Es kamen nicht die nicht zuletzt von vielen Repräsentanten der evangelischen Kirche immer wieder verlangten Reformen und Auflockerungen *innerhalb* des DDR-Systems, sondern es kam dessen Zusammenbruch und der Beitritt zur staatlichen Ordnung der Bundesrepublik. Die staatliche zog dann auch die kirchliche Vereinigung nach sich, die im Juni letzten Jahres durch die Eingliederung der evangelischen Landeskirchen der ehemaligen DDR in die EKD vollzogen wurde (vgl. HK, August 1991, 378 ff.). Mit ihrer Rolle unter den veränderten politischen und gesellschaftlichen Bedingungen tut sich die evangelische Kirche in den neuen Ländern aus verschiedenen Gründen aber immer noch schwer.

Das Umfeld hat sich grundlegend geändert: Wie gerade auch der Vergleich der Besucherzahl des Erfurter Kirchentags von 1988 mit dem von 1992 zeigt, wird die evangelische Kirche in ihren früheren Funktionen als Kristallisationskern und Freiraum für Kritik im sozialistischen System nicht mehr gebraucht. Auf dem Erfurter Kirchentag kamen zwar die wirtschaftlichen und psychischen Probleme vieler Menschen in den neuen Ländern deutlich zur Sprache; aber im demokratischen Staat und unter den Bedingungen eines gesellschaftlich-weltanschaulichen Pluralismus ist die Kirche nur eine Institution unter ande-

ren, nicht die einzige Klagemauer. Dazu kommt, daß das Bild der evangelischen Kirche in der Öffentlichkeit weithin von der Diskussion über ihre Kontakte zur Staatssicherheit geprägt und dadurch eher negativ grundiert ist. Der brandenburgische Ministerpräsident *Manfred Stolpe* beklagte in Erfurt, die SED habe es mit ihrem Staatssicherheitsdienst „sozusagen posthum“ geschafft, die evangelische Kirche im Osten Deutschlands mundtot zu machen.

Für die derzeitige Malaise der evangelischen Kirche in den neuen Ländern gibt es allerdings neben äußeren, nicht von ihr selbst zu verantwortenden auch „hausgemachte“ Ursachen. Nicht wenige Verantwortliche und Mitarbeiter tun sich offenbar schwer damit, sich von den früheren Prägungen, Einstellungen und Strukturen zu lösen und sich offen und entschieden auf die neuen Möglichkeiten und Herausforderungen einzulassen. Das betrifft zum einen das Verhältnis zum demokratischen Staat und zu den Staat-Kirche-Beziehungen, die jetzt auch für die neuen Bundesländer gelten. Es gilt aber auch für die *seelsorglich-missionarische* Arbeit der Kirche: Die Bereitschaft, aus den bisher vom System zugeteilten Nischen hervorzutreten und bewußt auf Menschen zuzugehen, ist oft nicht besonders groß. Der Verweis auf die historische protestantische Prägung der neuen Länder kann aber Phantasie und Engagement bei der Bewältigung der heutigen Herausforderungen nicht ersetzen.

Die evangelische Kirche in den neuen Ländern ist zwar historisch-strukturell gesehen Mehrheits-, de facto aber Minderheitskirche und wird es aller Wahrscheinlichkeit nach auch auf absehbare Zeit bleiben. Von einem Zustrom zur Kirche kann keine Rede sein, eher ist weiteres Abbröckeln zu registrieren. Das bräuchte aber weder Anlaß zu Selbstmitleid noch zur Resignation zu sein. Es müßte eher dazu ermuntern, die jetzt größer gewordenen Chancen bewußt zu nutzen, an Menschen heranzukommen und den christlichen Glauben in der Öffentlichkeit präsent zu machen.

ru